



Auf diesem vom ukrainischen Katastrophenschutz zur Verfügung gestellten Foto löschen Feuerwehrleute ein Feuer nach einem russischen Raketenangriff, bei dem mehrere Zivilisten getötet wurden. Foto: Uncredited/Ukrainian Emergency Service via AP/dpa

## Was eine bössere Welt uns abverlangt

**EXPERTENTREFFEN** Die „Nürnberg Sicherheitstagung“ war aktueller denn je: Fachleute fordern einhellig „mehr Muskelmasse“ – auch militärisch.

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

**NÜRNBERG** – „Es gibt keine Gewissheiten mehr“: Der aus Erlangen stammende Brigadegeneral a. D. Helmut Dotzler zitierte diesen Satz zu Beginn der Nürnberger Sicherheitstagung 2025 in seinem Grußwort. Der Satz stammt aus dem Kino-Film „Konkclave“ – aber er gilt erst recht für eine Weltlage im Umbruch.

Darüber debattierten zwei Tage lang Sicherheits-Experten – Militärs, Professoren, Politiker und ein fachkundiges Publikum – auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung und etlicher anderer Organisationen. Das Treffen hat Tradition – aber so brandaktuell wie in diesem Jahr war es wohl selten zuvor.

Gut 100 Tage Trump hätten wir nun hinter uns. „Mir kommt es vor wie ein bis zwei Amtszeiten“, sagte der Regensburger Politik-Professor Stephan Bierling. Trump habe die US-Demokratie mehr beschädigt als jeder Präsident vor ihm. „Warum tut er das? Weil er es kann“ – das war eine Antwort Bierlings auf die Frage nach Trumps Motiven. Die hätten nichts zu tun mit nationalen Interessen, sehr viel aber mit dem Ego des Präsidenten: „Er will seine Allmachtsfantasien ausleben – und seine Rache, an allen, die ihn als Polit-Proll belächelten. Das treibt ihn an.“ Daher komme auch seine Zuneigung zu Diktatoren, zur Politik starker Männer: Trump wolle „seinen Willen anderen aufzwingen“.

Für Europa und Deutschland sei es „der GAU“, dass die USA offenbar „ins Lager der Feinde wechseln“, so Bierling. Denn unsere Abhängigkeit von Amerika sei nach wie vor immens – militärisch, aber auch technologisch: Ohne die digitale Infrastruktur der Internet-Giganten aus den USA ginge wenig in Europa.

Daher – und das zog sich durch alle Beiträge – müsse Europa nun den vielen, vielen Reden endlich auch Taten folgen lassen. Und selbst mehr tun für seine Sicherheit und Unab-

hängigkeit. Nicht nur Bierling sieht das als einzige Option: „Wir müssen politisch, militärisch und ökonomisch so stark werden, dass wir uns selbst verteidigen können.“ Dazu brauche es weiter auch die Nato – notfalls auch ohne die USA. Aber Bierling rät, alles zu tun, um die „Amerikaner an uns zu binden, so lange es geht.“ Er spricht von einem Zeitfenster von drei bis fünf Jahren, das bleibe, um verteidigungsfähig zu werden. „Diese Zeit braucht auch Putin – und die Ukraine erkämpft uns momentan dieses Zeitfenster.“

Bierlings Regensburger Kollegin Gerlinde Groitl wurde noch deutlicher: Die Europäer müssten nun „mehr Muskelmasse aufbauen – oder mit den Konsequenzen leben“. Sie nannte es „ziemlich billig, zu sagen, Trump verrät die Ukraine“. Denn: „Was haben eigentlich wir getan? Wir haben ziemlich viel Zeit verplempert“, sagte sie mit Blick auf das oft zögerliche Verhalten der Europäer und der Deutschen. Groitl: „In der bösen neuen Welt braucht es Ellbogen, weil auch die anderen Ellbogen

brauchen.“ Abschreckung müsse man „glaubhaft unterlegen und nicht nur beschwören“. Die Politikwissenschaftlerin: „Wir müssen ziemlich viel tun, um diese Stärke aufzubauen. Und wir haben es uns in Deutschland lange geleistet, die Schwäche schönzureden – als ob das moralisch überlegen sei. Nein, das ist es nicht.“

Aus militärischer Sicht argumentierte Generalleutnant Kai Rohrschneider ganz ähnlich. Sein Credo: Deutschland müsse vor allem resilient werden – und „resilient“ bedeutet so viel wie belastbar, robust, solide, stabil, stark oder zäh. Eigenschaften, mit denen sich eine Republik schwertut, die zu einem guten Teil friedensbewegt war (und teils ist). Es sei aber eine „unangenehme Tatsache“, dass die nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 großzügig verteilte Friedensdividende tatsächlich eine „ungedekkte Freiheitsanleihe“ gewesen sei – weil die Welt sich in den folgenden Jahrzehnten eben nicht friedlich entwickelte und die Bedrohungen erst schleichend und spätestens seit 2022 und Putins Einmarsch in der Ukraine massiv wuchsen.

Europa werde in der neuen, instabileren Weltordnung die „konventio-

nelle Hauptlast der Verteidigung stellen müssen“, so Rohrschneider. Auch er bemängelte die „umfassenden strukturellen Abhängigkeiten“ Deutschlands und Europas „in nahezu jeder Beziehung“. Dadurch entstehe eine große strategische Verwundbarkeit – und Angriffe auf Infrastruktur und Gesellschaften des Westens vor allem durch Russland „finden längst und dauernd statt“, sagte Rohrschneider mit Blick auf den hybriden Krieg. Daraus könne mit „Nadelstichen“ etwa im Baltikum ein neuer heißer Krieg entstehen – und vor allem eine Herausforderung für die Nato, deren (Nicht-)Reaktion dann in Moskau genau studiert werde. Auch darin waren sich die Referenten in Nürnberg einig.

Rohrschneiders ungemütlicher Blick auf die neue Welt(un)ordnung: „Eine multipolare Welt kann gar nicht stabil sein, ihr Kennzeichen ist ja gerade die Instabilität.“ Das sei „keine besonders schöne Welt der Unsicherheit“, die da entstehe. Und am besten mit neuen Vernetzungen, Verträgen und Organisationen stabilisiert werden könne.

Und mit mehr militärischem Gegengewicht, forderte auch Rohrschneider. Aber die Deutschen täten sich schwer damit, den „Bedeutungszuwachs der militärischen Dimension von Macht“ zu akzeptieren, den es zweifelsohne gebe. Daher rät er – und auch die nicht-militärischen Experten in der Runde: „Wir müssen diese militärische Dimension von Macht annehmen und verstehen. Denn andere Mittel werden nicht helfen“, sagte Rohrschneider und zitierte Stalins Satz während des Zweiten Weltkriegs, als der Sowjet-Diktator fragte: „Wie viele Divisionen hat der Papst?“ – da ging es um eine mögliche Rolle des Vatikans für eine Friedenslösung.

Der CSU-Politiker Christian Schmidt, aktuell Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, äußerte ähnlich wie Gerlinde Groitl Verständnis für das Verhalten der neuen

US-Regierung unter Trump: Baue er „nicht auf Befunde auf, die vor ihm da waren?“. Etwa den, „dass Europäer gern viel reden – und wenig tun?“. Auch er warnte davor, die Kooperation mit den USA vonseiten Europas infrage zu stellen oder aufzugeben. Schmidts Wunsch: „Wir müssten es schaffen, dass die Amerikaner sagen: Donnerwetter, jetzt sind die Europäer da!“

Ulrich Schlie, Inhaber des Henry Kissinger Lehrstuhls für Sicherheits- und Strategieforschung an der Universität Bonn, sah in Trumps Wahl den „Vorboten eines Systemwandels, der die Vereinigten Staaten in einem post-amerikanischen Zeitalter neu positioniert und von ihren Verbündeten ganz erhebliche Anpassungen verlangt“. Sein Befund deckt sich mit den Aussagen der anderen Teilnehmer – und ist nicht ermutigend: „Die Krise der internationalen Ordnung wird weiter anhalten.“ Gegenwärtig hätten „wir die größte Erschütterung seit der Suzez-Krise von 1956“.

Auch Schlie forderte: „Europa muss seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten neu bewerten und verringern und dabei seine Kräfte neu einteilen. Es geht um viel mehr als um europäisch-amerikanische Lastenteilung.“

Auswege sind nicht einfach – aber, da waren sich die Diskutierenden in Nürnberg einig: Ohne mehr einsatzfähiges Militär als Voraussetzung nicht für Krieg, sondern für eine funktionierende, wirksame Abschreckung wird es kaum gehen. Stephan Bierling sah da einen Wandel in der Gesellschaft, die sich dieser Einsicht zusehends stelle – mit Ausnahme der meisten Universitäten. Die befänden sich „im sicherheitspolitischen Nirwana“, führten, anders als etwa in Großbritannien oder Frankreich, keine außenpolitischen Debatten, sondern betrieben vor allem die gewissensberuhigende „Friedens- und Konfliktforschung“, nach dem Motto: „Habt euch alle lieb!“

### Für Europa und Deutschland ist es der GAU

haben ziemlich viel Zeit verplempert“, sagte sie mit Blick auf das oft zögerliche Verhalten der Europäer und der Deutschen. Groitl: „In der bösen neuen Welt braucht es Ellbogen, weil auch die anderen Ellbogen



Forderten übereinstimmend mehr militärisches Engagement von Europa und vor allem von Deutschland: Kai Rohrschneider, Stephan Bierling, Christian Schmidt und Moderator Ulrich Lechte (von links). Foto: Alexander Jungkunz